

Verordnung über Verfahrenskoordination und Umweltverträglichkeitsprüfung

Vom 28. September 1993 (Stand 1. Juli 2002)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
gestützt auf § 134 Absatz 5 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978¹⁾, Artikel 9, 36, 37 und 42 Absatz 1 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) vom 7. Oktober 1983²⁾ sowie Artikel 5 Absatz 3, 14 und 16 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 19. Oktober 1988³⁾

beschliesst:

§ 1* 1. Zweck

¹ Diese Verordnung stellt Regeln auf über die materielle und formelle Koordination verschiedener raum- und umweltrelevanter Bewilligungsverfahren und die Projektleitung auf kantonaler Stufe.

² In den Anhängen regelt sie auch das Verhältnis zwischen kantonalen und kommunalen Bewilligungsverfahren und enthält Grundsätze für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung.

³ Sie umschreibt die Aufgaben der Aemterkonferenz aus den Bereichen Bau, Umwelt und Wirtschaft (KABUW).

§ 2 2. Begriffe

¹ Materiell koordinierte Rechtsanwendung bedeutet inhaltlich abgestimmte, umfassende Interessenabwägung bei einem Entscheid über ein raum- und umweltrelevantes Vorhaben, auf welches verschiedene materiellrechtliche Vorschriften anzuwenden sind.

² Formelle Koordination bedeutet Sicherstellen der materiellen Koordination durch ein Leitverfahren, in welchem verschiedene Entscheide gleichzeitig und aufeinander abgestimmt eröffnet und bei einer einheitlichen letzten kantonalen Rechtsmittelinstanz angefochten werden können.

§ 3 3. Ausnahme

¹ Die Verfahrenskoordination ist nicht nötig, wenn eine für das Vorhaben unabdingbare Bewilligung wegen offensichtlicher Rechtsverletzung nicht erteilt werden kann.

² Eine Verfahrenskoordination ist überdies nicht erforderlich für separate Bewilligungen, deren Inhalt materiell und formell keinen Koordinationsbedarf mit einem Leitverfahren aufweist.

¹⁾ BGS [711.1.](#)

²⁾ SR [814.01.](#)

³⁾ SR [814.011.](#)

711.15

§ 4* 4. Aemterkonferenz

¹ Die KABUW setzt sich zusammen aus den Departementssekretärinnen oder Departementssekretären des Bau- und Justizdepartementes und des Volkswirtschaftsdepartementes, den Chefinnen oder Chefs der Aemter für Raumplanung, Umwelt, Wirtschaft und Arbeit, Verkehr und Tiefbau, Landwirtschaft und des Kantonsforstamtes. Sie konstituiert sich selber.

² Die KABUW berät den Regierungsrat in allen strategischen und grundsätzlichen Fragen, welche sich im Spannungsfeld Bau, Wirtschaft, Raumplanung und Umweltschutz stellen.

³ Sie hat die Oberaufsicht über die Verfahrenskoordination und Projektleitung und entscheidet über Verfahrensfragen nach dieser Verordnung.

⁴ Sie ist verantwortlich für Ausbildung und Coaching der Projektleiterinnen und Projektleiter.

§ 5 5. Leitverfahren

¹ Der Ablauf der hauptsächlichen Leitverfahren richtet sich in der Regel nach den Ablaufschemas im Anhang zu dieser Verordnung, welche sinngemäss auch auf weitere Verfahren anwendbar sind.

² Im Zweifelsfall entscheidet die KABUW über das Leitverfahren.

§ 6* 6. Projektleitung a) Bezeichnung

¹ Die KABUW beschliesst, für welche Fälle und in welchem Zeitpunkt des Verfahrens eine Projektleitung im Sinne dieser Verordnung eingesetzt wird. Sie führt eine Projektliste und bestimmt die Projektleitung.

§ 7 b) Kompetenzen

¹ Die Projektleitung legt nach Rücksprache mit den Beteiligten im Rahmen des Gesetzes und der nachfolgenden Vorschriften in einem Verfahrensplan fest:

- a) den Verfahrensablauf in sachlicher und zeitlicher Hinsicht;
- b) die mitwirkenden Amtsstellen;
- c) den Rahmen der Abklärungen;
- d) die von den Amtsstellen einzuhaltenden Bearbeitungsfristen.

² Sie stellt den Verfahrensplan den betroffenen Amtsstellen zu und führt ein Verfahrensjournal.

³ Die Projektleitung ist Ansprechpartnerin für Amtsstellen und Drittpersonen. Sie kann direkt mit Sachbearbeitern oder Sachbearbeiterinnen in Verbindung treten, welche ihre Vorgesetzten informieren.

§ 8 c) Projektleitung und UVP

¹ Ist die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung streitig, so hört die Projektleitung die Umweltschutzfachstelle an, bevor sie der zuständigen Behörde Antrag stellt.

² Sie beauftragt die Umweltschutzfachstelle mit der Erarbeitung der Stellungnahme zum Umweltverträglichkeitsbericht.

§ 9 d) *Verfahrenskoordination*

¹ Die Projektleitung sorgt dafür, dass alle für ein bestimmtes Vorhaben erforderlichen Bewilligungs- und Konzessionsverfahren möglichst gleichzeitig eingeleitet und durchgeführt werden, sofern eine gesamthafte Beurteilung nötig und möglich ist.

§ 10 7. *Information*

¹ Die Projektleitung sorgt für die zweckmässige Information der beteiligten Behörden und Privaten über den Stand des Verfahrens.

² Sie erstattet der KABUW über die einzelnen Projekte periodisch Bericht.*

§ 11 8. *Vollständigkeit der Gesuche*

¹ Offensichtlich unvollständige Gesuche werden von der Projektleitung zurückgewiesen.

² Die beteiligten Amtsstellen können für ihre Stellungnahme unabdingbare, ergänzende Unterlagen auch nach Einleitung des Verfahrens beim Gesuchsteller anfordern, wenn die Projektleitung zustimmt.

§ 12* 9. *Bearbeitungsfristen*

¹ Die mitwirkenden Amtsstellen bearbeiten die vollständigen Gesuche je innerhalb von 4 Wochen, in anspruchsvollen Fällen innert 6 Wochen.

² Die Bearbeitungsfrist beträgt für die Stellungnahme zum Pflichtenheft der Voruntersuchung 2 Monate und für die Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten maximal 3 Monate.

³ Die Fristen können in der Regel von der KABUW auf Gesuch hin maximal wie folgt verlängert werden:

- a) in Fällen nach Absatz 1 um 2 Wochen;
- b) in Fällen nach Absatz 2 um 2 Wochen bzw. 2 Monate.

⁴ Bei unvollständigen Unterlagen verlängert sich die Bearbeitungsfrist entsprechend.

§ 13 10. *Folgen von Fristverletzung*

¹ Werden Fristen nicht eingehalten, bereinigt die KABUW an einer Sitzung abschliessend die Stellungnahmen der Amtsstellen.

² Dabei ist den beteiligten Stellen bei Bedarf Gelegenheit zur Anhörung einzuräumen.

³ In gleicher Weise kann die Projektleitung die KABUW zum Zwecke der Differenzbereinigung heranziehen.

§ 14 11. *Entscheid*

¹ Die Projektleitung sorgt nach Vorliegen aller Grundlagen für einen möglichst raschen Leitentscheid. Sie sorgt für die formelle Koordination mit weiteren Entscheiden.

² Die Projektleitung stellt auch die Vollzugskontrolle nach Abschluss des Verfahrens sicher.*

711.15

§ 15 12. Umweltverträglichkeitsprüfung

¹ Die Umweltverträglichkeitsprüfung richtet sich nach der Verordnung des Bundesrates über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) vom 19. Oktober 1988¹⁾.

² Sie erfolgt im Rahmen der Leitverfahren nach dieser Verordnung, welches gleichzeitig das massgebliche Verfahren nach Artikel 5 UVPV darstellt.

³ Umweltschutzfachstelle im Sinne von Artikel 9 und 42 USG²⁾ ist das Amt für Umwelt.*

⁴ Der Regierungsrat regelt den Ablauf der Grundlagenbeschaffung für die Umweltverträglichkeitsprüfung in einer Richtlinie und legt darin die massgeblichen Verfahren nach Artikel 5 UVPV fest.

§ 16* 13. Vollzug Bio-Sicherheit

¹ Kantonale Fachstelle und kantonale Vollzugsbehörde im Sinne der Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV)³⁾ und der Verordnung über den Umgang mit Organismen in geschlossenen Systemen (Einschliessungsverordnung, ESV)⁴⁾ ist das Amt für Umwelt.

² Das Amt für Umwelt kann als beratendes Organ eine Arbeitsgruppe "Biosicherheit Einschliessung" und eine Arbeitsgruppe "Biosicherheit Freisetzung" einsetzen, welche sich aus verwaltungsinternen Mitgliedern zusammensetzen, welche von Amtes wegen tätig sind. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen richtet sich nach den konkreten Aufgaben.

³ Es können Fachstellen aus anderen Departementen in die Arbeitsgruppen Einsitz nehmen. Bei Bedarf können Fachstellen aus anderen Kantonen oder private Experten zur Beratung beigezogen werden.

§ 16^{bis}* ...

§ 17 14. Genehmigungsvorbehalt

¹ Die Bestimmungen der §§ 8 und 15 bedürfen der Genehmigung des Bundesrates.

§ 18 15. Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1994 in Kraft. Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates.

Vom Eidg. Departement des Innern genehmigt am 27. Dezember 1993.

¹⁾ SR [814.011](#).

²⁾ SR [814.01](#).

³⁾ SR [814.911](#).

⁴⁾ SR [814.912](#).

* Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
03.04.2002	01.07.2002	§ 1	totalrevidiert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 4	totalrevidiert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 6	totalrevidiert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 10 Abs. 2	geändert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 12	totalrevidiert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 14 Abs. 2	eingefügt	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 15 Abs. 3	geändert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 16	totalrevidiert	-
03.04.2002	01.07.2002	§ 16 ^{bis}	aufgehoben	-

*** Änderungstabelle - Nach Artikel**

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 1	03.04.2002	01.07.2002	totalrevidiert	-
§ 4	03.04.2002	01.07.2002	totalrevidiert	-
§ 6	03.04.2002	01.07.2002	totalrevidiert	-
§ 10 Abs. 2	03.04.2002	01.07.2002	geändert	-
§ 12	03.04.2002	01.07.2002	totalrevidiert	-
§ 14 Abs. 2	03.04.2002	01.07.2002	eingefügt	-
§ 15 Abs. 3	03.04.2002	01.07.2002	geändert	-
§ 16	03.04.2002	01.07.2002	totalrevidiert	-
§ 16 ^{bis}	03.04.2002	01.07.2002	aufgehoben	-

Erläuterungen zu den Anhängen I-V¹⁾

Die folgenden Schemas zeigen den Ablauf der hauptsächlichen Leitverfahren auf. Dabei geben sie Aufschluss über die Abstimmung von kommunalen und kantonalen Bewilligungsverfahren sowie über die Verfahrensleitung innerhalb der kantonalen Verwaltung. Im Einzelfall kann die zuständige Behörde aus Gründen der Zweckmässigkeit, insbesondere einer besseren Koordination oder zur Beschleunigung der Verfahren, Abweichungen davon beschliessen.

Abkürzungen

GR	= Gemeinderat
RR	= Regierungsrat
VG	= Verwaltungsgericht
BJD	= Bau- und Justizdepartement ²⁾
VWD	= Volkswirtschaftsdepartement ¹⁾
AfU	= Amt für Umwelt ³⁾
ARP	= Amt für Raumplanung
BUWAL	= Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
GP	= Gestaltungsplan
SBV	= Sonderbauvorschriften
PBG	= Planungs- und Baugesetz
RPG	= Raumplanungsgesetz
UVPV	= Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verordnung
UVB	= Umweltverträglichkeits-Bericht
UVP	= Umweltverträglichkeits-Prüfung

¹⁾ Erläuterungen zu den Anhängen I-V Fassung vom 3. April 2002; Anhang VI aufgehoben am 3. April 2002.

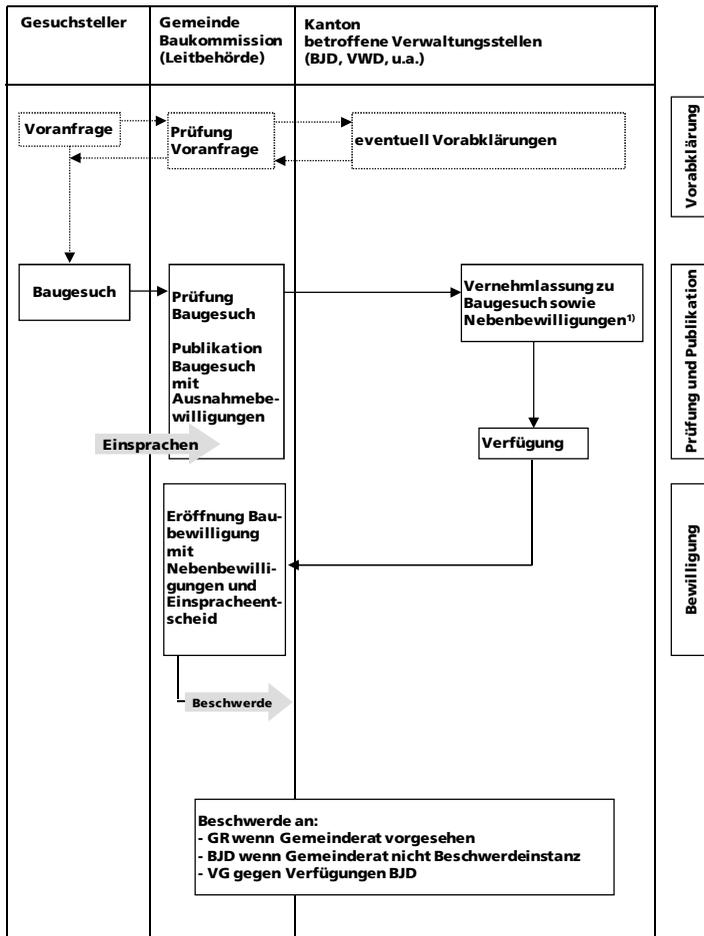
²⁾ Neue Departementsbezeichnung ab 1. August 2000.

³⁾ Bezeichnung gemäss RRB vom 14. November 2000.

Anhang I

Kommunales Baubewilligungsverfahren innerhalb der Bauzone

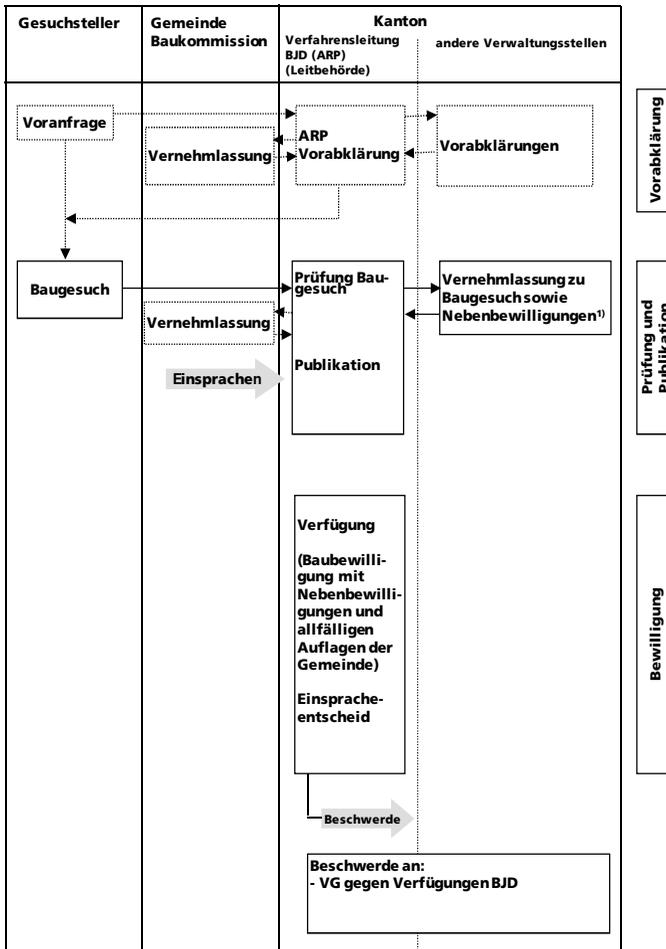
(sofern Kanton beteiligt)



¹⁾ Z.B. Wasserrechtliche Bewilligung (Einbau in Grundwasser).

Anhang II

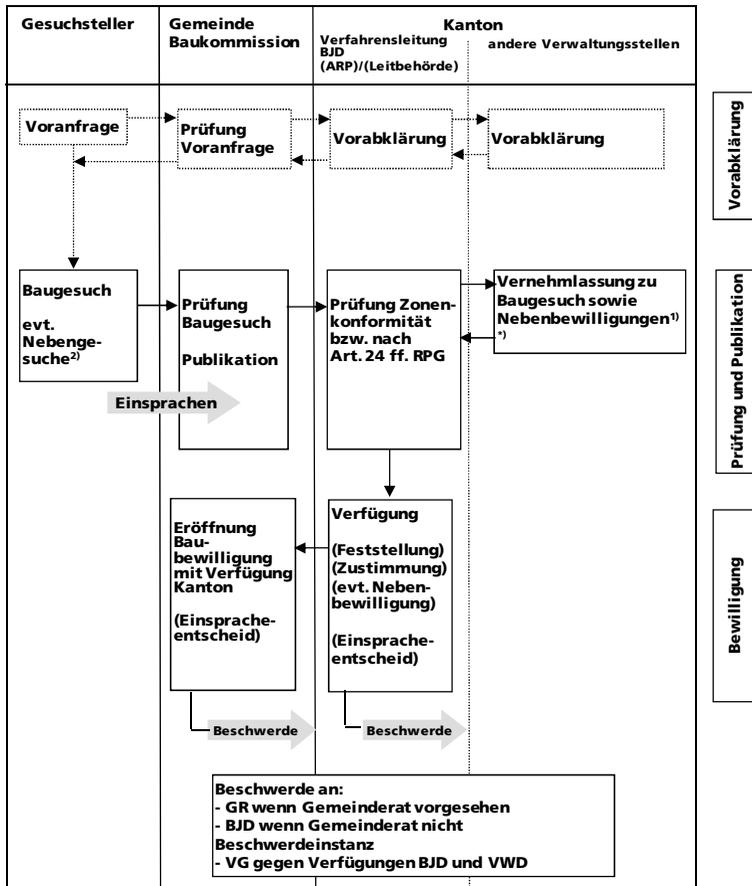
Kantonales Baubewilligungsverfahren (§ 135 PBG)



¹⁾ Z.B. Wasserrechtliche Bewilligung (Einbau in Grundwasser).

Anhang III

Bewilligungsverfahren nach § 38^{bis} PBG (Ausnahmebewilligung nach Art. 22 und 24 ff. RPG)



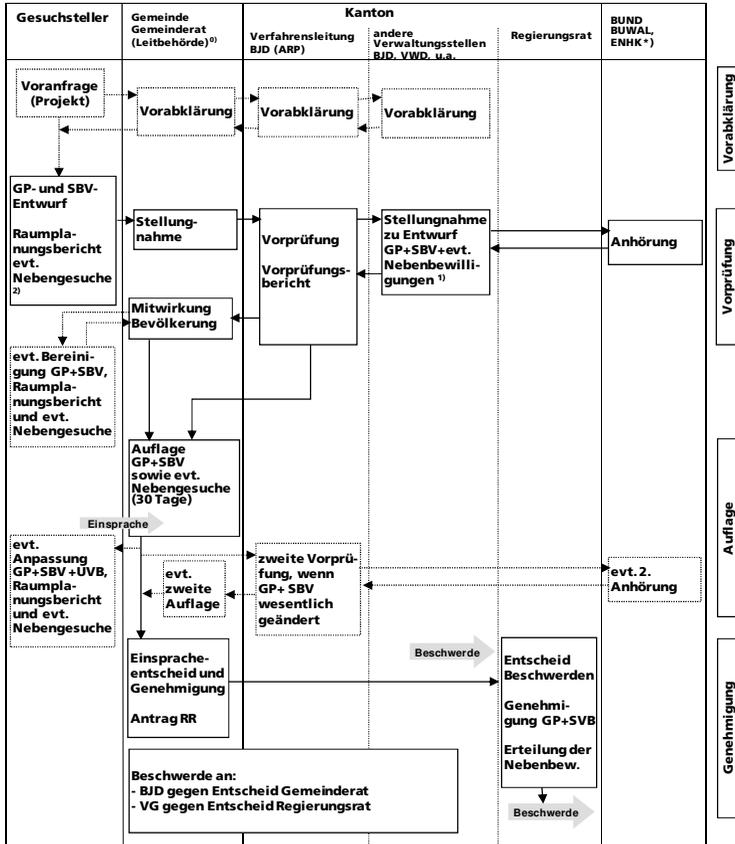
¹⁾ Z.B. Wasserrechtliche Bewilligung (Einbau in Grundwasser).

²⁾ Z.B. Rodungsgesuch.

^{*)} BUWAL Anhörung zu Rodungsgesuch, wenn Rodungsfläche >5000 m2 in mehreren Kantonen. ENHK zu Vorhaben, die ein Objekt beeinträchtigen könnten, das in einem Inventar des Bundes nach Artikel 5 NHG aufgeführt oder anderweitig von besonderer Bedeutung ist.

Anhang IV

Gestaltungsplanverfahren



⁹⁾ Bei kant. Gestaltungsplänen ist das Bau- und Justizdepartement Leitbehörde.

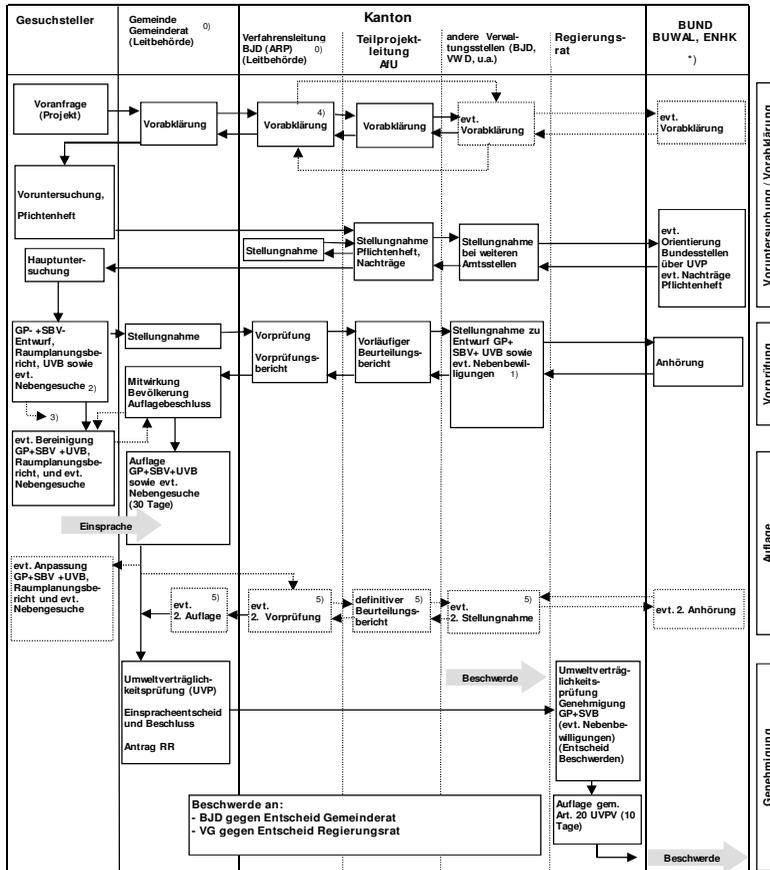
¹⁾ Z.B. Wasserrechtliche Bewilligung (Einbau in Grundwasser).

²⁾ Z.B. Rodungsgesuch.

*) BUWAL Anhörung zu Rodungsgesuch, wenn Rodungsfläche >5000 m2 oder in mehreren Kantonen ENHK zu Vorhaben, die ein Objekt beeinträchtigen könnten, das in einem Inventar des Bundes nach Art. 5 NHG aufgeführt oder anderweitig von besonderer Bedeutung ist.

Anhang V

Gestaltungsplanverfahren für UVP-pflichtige Anlagen



⁰⁾ Bei kant. Gestaltungsplänen ist das Bau- und Justizdepartement Leitbehörde.

¹⁾ z.B. Wasserrechtliche Bewilligung (Einbau in Grundwasser).

²⁾ z.B. Rodungsgesuch.

³⁾ Eingabe und Behandlung der Nebengesuche entsprechend speziellen Verfahrensvorschriften.

⁴⁾ Richtplananpassung / -fortschreibung erforderlich.

⁵⁾ Bei wesentlichen Änderungen an GP+SBV oder Nebengesuchen.

^{*)} BUWAL Anhörung zu Rodungsgesuch, wenn Rodungsfläche >5000 m² oder in mehreren Kantonen ENHK zu Vorhaben, die ein Objekt beeinträchtigen könnten, das in einem Inventar des Bundes nach Art. 5 NHG aufgeführt oder anderweitig von besonderer Bedeutung ist.